

Im Archiv der Öffentlichkeit

Rückblick auf eine fixe Idee, die das demokratische Bewusstsein vor fünfzig Jahren heimgesucht hat

Rudolf Maresch

VOR GUT EINEM HALBEN JAHRHUNDERT veröffentlichte der damals 32-jährige Jürgen Habermas den *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, seine Habilitationsschrift. Damit verband er den Glauben und die Hoffnung, dass die Bürger einer Gesellschaft willens und in der Lage seien, sich darüber zu verständigen, wie sie ihr gemeinsames Leben gestalten, organisieren und entwickeln möchten.

Um dieses ›normative‹ Konzept einer ›bürgerlichen‹, später auch, ›deliberativen‹ Öffentlichkeit rational begründen zu können, verfiel der aufstrebende Sozialphilosoph Ende der 1950er auf die Historie. Statt aber, wie man hätte vermuten können, in der Antike anzudocken, bei der Idee der Polis, der Agora oder der res publica, suchte er den historischen Faden in der Geschichte der Moderne.

Die Souveränität franst aus

Als Modellfall galt ihm die englische Entwicklung, die Ende des 17. Jahrhunderts einsetzte und zu ersten Ansätzen einer Demokratisierung der Gesellschaft geführt hatte. In der Glorreichen Revolution von 1688/89 schufen die Gegner des englischen Absolutismus mit der *Bill of Rights* die Grundlage für den heute in westlichen Demokratien gängigen Parlamentarismus. Gleichzeitig raubten sie dem Monarchen Teile seiner Souveränität und sicherten sich eine erste Teilhabe an staatspolitischen Entscheidungen.

In diesem Übergang von der Souveränität zur Gouvernamentalität wollte Habermas den Beginn eines Liberalisierungsprozesses erkennen, der sich danach in Frankreich fortsetzte und schließlich auch in Deutschland zu so etwas wie einer ›öffentlichen Meinung‹ führte, einem medialen Raum, in dem literarisch gebildete Bürger über öffentliche Angelegenheiten disputieren und über deren Ausgestaltung in Rede und Gegenrede befinden.

Möglich machte dies laut Habermas eine neuartige Lese-, Brief- und Salonkultur, die von einer ausufernden Produktion von Zeitungen und Zeitschriften, Ver-

lagen und Buchhandlungen, Autoren und Bibliotheken begleitet, gefördert und geformt wurde. Bis auf den heutigen Tag ist der 83-Jährige der festen Überzeugung, dass in all diesen Lesezirkeln und assoziierten Verbänden bereits jene »politische[n] Gleichheitsnormen« eingeübt worden sind, die eine künftige liberale Gesellschaft auszeichnen.

Später traten zu den bekannten Organisations- und Vertriebsformen des Verlags- und Zeitschriftenwesens dann im 20. Jahrhundert elektronische Massenmedien hinzu, die den Kommunikationsbetrieb kanalisiert, zentralisiert und für wirtschaftliche Zwecke, für Reklame und Verkauf missbrauchten. Die damit rasant wachsende Kommerzialisierung, Professionalisierung und Verdichtung des Kommunikationsnetzes, die alsbald auch eine Fusion von Information, Unterhaltung und Werbung in Gang setzten, raubte dann laut Habermas »dem Prinzip der Publizität seine Unschuld«.

Seitdem wachsen sich laut Habermas die von massenmedialen Organen kolonialisierten Öffentlichkeiten zu »vermachteten Arenen« aus, in denen längst nicht mehr um das »beste Argument« und dessen »zwanglosen Zwang« gerungen wird, sondern allenfalls noch um Einfluss und Erfolg, um Beifall und Zustimmung des Publikums.

Besessen von einer Idee von Demokratie

Obwohl sein soziologischer Widerpart Niklas Luhmann ihn schon Mitte der 1990er dezent darauf hingewiesen hatte, dass es sich bei seiner »Forderung von Öffentlichkeit als Mittel zur Durchsetzung von Vernunft« um einen »verengten, gleichsam konstitutionalistischen Begriff von Öffentlichkeit« handelt, der von einem viel allgemeineren Begriff des Öffentlichen abzuheben sei, der sich einstmals gegen die »Strategien der Geheimhaltung und der Heuchelei« und den »Schutz einer Privatsphäre« wandte, hält der Philosoph weiter an seiner Idee fest.

Nach wie vor ist Habermas der Ansicht, dass sich jenseits »mediatisierter« Öffentlichkeit(en) »autochthone« Zirkel und Institutionen rechtlich eingerichtet und kontrafaktisch am Leben erhalten haben. Sein hoffnungsvoller Blick richtet sich auf die sogenannte Qualitätspresse und das öffentlich-rechtliche Staatsfernsehen, auf Wahlkämpfe und Parteitage, auf zivilgesellschaftliche oder radikal-demokratische Verbände, auf den Campus und auf Hochschulseminare.

Doch selbst in diesen Organisationen bzw. auf diesen Veranstaltungen fristet die »Macht des Arguments« ein jämmerliches Dasein. Auch hier findet häufig ein Hauen, Stechen und Treten um Posten und Privilegien, um Themen und Funktionen statt. So mancher Anführer und Gernegroß hat auf Parteitagungen oder ähnlichen Zusammenkünften schon sein persönliches Waterloo erlebt. In aller Regel

geht es auch dort um Anerkennung und Einfluss, um Profilierung und Eitelkeiten, um Animositäten und Kumpaneien.

Unterbelichtet blieb nicht nur die sogenannte »plebejische Öffentlichkeit«, die sich einst in der Französischen Revolution artikuliert hatte, mit den Jakobinern und dem Namen Robespierres verknüpft ist und im »ungebildeten Volk« sein »gebildetes Gewand« kurzzeitig abstreifen konnte; unberücksichtigt blieben auch die traditionellen Formen der »repräsentativen Öffentlichkeit«, bei der das Volk und/oder das Publikum zur Staffage, Kulisse oder zujubelnden Masse für den fürstlichen oder kirchlichen Würdenträger mutiert.

Während sie im Lichte elektronischer Echtzeitmedien längst eine neue Renaissance feiert – jeder Regierungschef, Firmenlenker oder Kirchenmann bedient sich ihrer lebhaft, um seine Macht und sein Ansehen zu bewahren oder zu steigern –, diente die repräsentative Öffentlichkeit Habermas immer nur als historisches Kontrastprogramm, um den annoncierten »Strukturwandel« herleiten und begründen zu können.

Hat es diesen Strukturwandel jemals gegeben?

Unbeachtet blieben schließlich auch die medien- und machtpolitischen Implikationen, die diesen »Strukturwandel« begleitet haben. Wie Friedrich Kittler auf eine entsprechende Frage meinerseits Anfang der 1990er einmal andeutete, sei eine solche »Öffentlichkeit«, die der Berliner Medienhistoriker lieber »postalisch« nannte, allein der Staatsräson geschuldet gewesen und keinesfalls einer plötzlich aufkommenden Lesesucht und/oder Salonkultur. Der Strukturwandel, den der Philosoph exklusiv entdeckt und aufgedeckt haben wollte, sei eher eine »Erfindung von Philosophen« und »ein Effekt absolutistisch-merkantilistischer Techniken etwa im Postwesen« gewesen. Diese politische Öffentlichkeit, die Habermas seinen Lesern als Erfolgsmodell einer freien Gesellschaft verkaufen will, sei vor allem aus »Steuergründen« und zur »Finanzierung von Kriegen« durchgesetzt worden, in deren Schlepptau sich dann diese von ihm beobachtete vormediale Öffentlichkeit gebildet hat.

In Deutschland etwa waren das Postwesen und der internationale Postverkehr, denen die bürgerliche Öffentlichkeit ihre Entstehung verdankt, fast dreihundert Jahre lang in den Händen der Thurn und Taxis, vom frühen 16. Jahrhundert bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dank der Napoleonischen Eroberungen und nach dem Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation verlor das Fürstengeschlecht, das in Regensburg residierte und damit auch zu Ruhm und Reichtum gelangt war, sein kaiserliches Reichspostmonopol und zugleich seine wichtigste Einnahmequelle. Der exorbitant hohe Schriftverkehr und die

ausgiebige Korrespondenz, die etwa der Geheimrat und Staatsminister Goethe mit unzähligen Leuten in ganz Europa unterhielt, war nur deswegen möglich, weil Karl Anselm von Thurn und Taxis, der seit 1773 Generaloberpostmeister der Kaiserlichen Reichspost war, den Dichturfürsten vom Briefporto befreit hatte. Diese ›Gebührenfreiheit‹ wurde zu dieser Zeit nur sehr wenigen Auserwählten zuteil und galt auch wegen der damit verbundenen Kostenersparnis als ungeheures Privileg.

Auch wenn sich Goethes Portofreiheit bis heute nicht hat nachweisen lassen, auch nicht in den Archiven der Thurn und Taxis in Regensburg, weist diese historische Begebenheit doch darauf hin, dass hinter dem umfangreichen Schrifttum, das allein der Großdichturfürst unterhielt, auch wieder so etwas wie eine diskursive Regel vermutet werden kann, ein medialer Effekt, der von einem Medienverbundsystem namens ›Post‹ erzeugt worden ist.

Emanzipation im Gestell der Kommunikation

Wie immer man sich zu all dem verhalten wird: Volker Gerhardt zum Beispiel spricht in seinem systematischen Versuch, das Wesen und die gesellschaftliche Funktion der Öffentlichkeit zu erfassen, Habermas das zweifelhafte Verdienst zu, mit seinem *Strukturwandel* die »am besten widerlegte Habilitationsschrift der deutschen Wissenschaftsgeschichte« verfasst zu haben.

Weder hat es den vielfach diskutierten Strukturwandel gegeben, noch findet sich dafür ein historischer Beleg. Es handelt sich vielmehr, je nach Perspektive, um eine »Ausdifferenzierung von Macht« (M. Foucault) oder des »politischen Systems« (N. Luhmann), aber nicht um eine neuartige »Institution« oder gar »vierte Macht« im Staat.

Das Potential zur Selbsttransformation, das Habermas den Diskursen der politischen Öffentlichkeit unterstellt, ist eher eine Notlösung, sie bietet weder Ausweg noch Alternative. Zum einen lernt nicht nur die Macht hinzu. Mittlerweile weiß jeder politische oder wirtschaftliche Führer, wie man Gefolgschaft erzeugen und Machterhalt und Machtgewinn medial organisieren muss. Zum anderen liefert das volkspädagogische Rahmenprogramm, das das deutsche Staats- bzw. Zwangsfernsehen in sonntäglichen ›Tatorten‹ und allabendlichen ›Talkshows‹ inszeniert, dafür den besten Anschauungsunterricht.

Hinzu kommt, dass die Verpflichtung auf vorab formulierte diskursive Grundregeln die angebliche Offenheit des Anfangs im Interesse einer vorgeblichen Emanzipation abwürgt. Sie kaschiert, dass es sich bei den kommunikativen Verfahren, die das Demokratiekonzept vorsieht, praktisch wie politisch um einen Fall von Parteilichkeit handelt. Bereits 1970 hatte Dietmar Kamper diesbezüglich den

Verdacht geäußert, dass eine Emanzipation, die dem Menschen angepasst werde wie ein fremdes Gewand, verfehlt sei. Zur Emanzipation gehöre vielmehr, »dass der Betroffene eine Chance habe, sie als seine Sache wahrzunehmen. Gerade als gut verpasste wäre sie verpasst.«

Der Erosionsprozess schreitet fort

In den letzten Jahren hat es den Anschein, als ob Habermas seine »weniger pessimistische Einschätzung«, die sich dreißig Jahre später im Vorwort zur Neuauflage findet, wieder aufgehoben hat. Weder in Blogs und Foren noch auf sozialen Plattformen wie *Twitter*, *Youtube* oder *Facebook* fänden echte Debatten statt, zumindest keine, die den diskursiven Regeln einer kritischen Öffentlichkeit entsprächen und genügen. Da sie keine »funktionalen Äquivalente« für eine deliberative Öffentlichkeit böten, setzten sie im Grunde jenen Verfalls- und Zerfallsprozess der Öffentlichkeit fort, der mit dem massenmedialen Kidnapping der kommunikativen Rationalität eingesetzt habe.

Das Publikum, das dort zugange sei, zerfalle in eine Vielzahl zersplitterter, allein durch Spezialinteressen zusammengehaltener Zufallsgruppen. Die »eine Öffentlichkeit«, die ihm als »Ideal« und politisches »Korrektiv« vorschwebt, habe sich in unzählige »Öffentlichkeiten« ausdifferenziert, die teilweise miteinander rivalisieren, sich ignorieren und beizeiten auch kooperieren. Wer Sender und was Quelle, wer Überbringer und Empfänger ist, lässt sich, auch wegen der dort herrschenden Anonymität, meist nur schwer ausmachen, zumindest für jene, die vor den Prints und Screens agieren.

Der Erfolg dieser Teilöffentlichkeiten bemisst sich vielmehr an Sparten und Programmen, die die Nutzer goutieren, oder an Quoten, Klicks und Likes, die sie verteilen. Mit einer solchen »Ansammlung« von Medien, Nachrichtenkanälen und unterschiedlichen Usern, die alles, nur keine »Versammlung« anstreben, ist kein Staat mehr zu machen, jedenfalls keiner, der seine Belange im Medium der Selbstverständigung organisieren möchte.

Diesen Beobachtungen, die Habermas sinngemäß wiedergeben, aber vielleicht auch etwas frei deuten und weiterdenken, ist zunächst kaum zu widersprechen. Die verstreute und zerstreute Vielheit der Meinungen und Stimmungen bringt gewiss kein *Wir* im klassischen Sinn mehr hervor. Doch das braucht es auch nicht. Schon längst wird die Welt, seitdem Massenmedien über sie berichten, von Themen, Programmen und Markennamen zusammengehalten, deren Formen, Stile und Inhalte allerdings ständig wechseln können.

Zudem gibt es dieses *Wir* in Wirklichkeit gar nicht, weder hierzulande noch in Europa oder gar auf dem Globus. Die »De-Programmierung« des Gemeinsinns,

die freilich mittels Skandalisierung kurzfristig auch in eine *Re*-Programmierung umschlagen kann (siehe NSU-Prozess, Euro-Rettung), wird von global agierenden Medienkonzernen sowie einem selbstreferentiell operierenden Mediensystem übernommen und geleistet.

De-Programmierung der kommunikativen Rationalität

»Das *Wir* entscheidet«, jener merkwürdige Slogan, mit dem die SPD den diesjährigen Wahlkampf bestritten hat, stimmt nicht mal für die Partei. Selbst die SPD, die sich dem Gemeinsinn und der Solidarität verpflichtet fühlt, besteht aus lauter Einzelwillen, die sich untereinander alles andere als grün sind. Die Troikas, mit denen die Partei sowohl in den 1970ern als auch in den 1990ern und zunächst auch in diesem Wahlkampf angetreten ist, haben nie lange gehalten. Nach einigen Jahren sind sie krachend auseinandergefliegen.

Zudem ist das Web mit all seinen Derivaten zwar ein Massenmedium, aber gewiss kein Träger kommunikativer Rationalität. Dafür fehlt nicht nur Zeit und Geduld, dafür mangelt es auch an Dauer und Beständigkeit, die ein Begründen und Überprüfen, Werten und Abwägen von Geltungsansprüchen erfordern. Die Währung, die in den Netzen hauptsächlich zählt und gehandelt wird, ist Aufmerksamkeit. Hier gilt es vor allem wahrgenommen zu werden, im positiven wie im negativen Sinn. Wem das nicht widerfährt, der ist nicht. Karrieren und soziale Abstiege können dabei ebenso in Gang kommen wie rasch wieder vergehen. Man denke an die kurzzeitige Prominenz einer Marina Weisband, Anne Wizorek oder eines Johannes Ponader.

Debatten, wenn sie denn stattfinden, werden in aller Regel von Stimmungen getragen, von simplen Klicks auf einen Button. Je nach politischem Erregungs- und Entrüstungsgrad können sie beizeiten in Schmähungen und Beschimpfungen oder in Huldigungen und das Hochjubeln von Personen, Themen oder Parteiungen ausschlagen.

In aller Regel ebbent derartige Empörungswellen, die sich häufig an moralisch inkorrekten Äußerungen oder Verhalten halbprominenter Personen entzünden und die Öffentlichkeit über Nacht in einen ›Lynchmob‹ verwandeln können, schnell wieder ab. Während der ›Skandal‹ im Nachlauf noch in Talkrunden mit den immergleichen Personen durchgenudelt und trivialisiert wird, wird anderswo, wie es im Volksmund heißt, bereits eine ›neue Sau durchs Dorf getrieben‹.

Auch die Ebenbürtigkeit, die ein Diskurs verlangt, sucht man im Netz eher vergebens. Hier prallen die unterschiedlichsten Charaktere und Gestalten aufeinander, Selbstdarsteller und Pseudointellektuelle, Hobbyphilosophen und Überzeugungstäter, Provokateure und passionierte Besserwisser. Recht hat in aller

Regel, wer den meisten Beifall einheimsen und die User einer Plattform auf seine Seite ziehen kann. Folgt man Jaron Lanier, dann lädt das Mitmach-Web zum Ablästern und Verleumden förmlich ein. Es provoziert eine globale Flut sich gegenseitig bestätigender Zuschriften. Davon irritiert fragt Lanier, was Leute dazu brächte, dass so häufig das Übelste aus ihnen hervorbreche, wenn sie sich in sozialen Medien asozial äußern?

Was vor Jahren als ›basisdemokratische‹ Einrichtung gefeiert worden ist, als direkter Kontakt zum Leser oder Hörer, hat sich längst in sein Gegenteil verkehrt. Von einer Kultur des Streitens und Debattierens ist mitunter wenig geblieben. Der Umgangston ist oftmals rüde, der Stil verroht und die Sprache versaut.

Nur ein anderes Interface mit anderer Infrastruktur

Im Umkehrschluss muss das aber nicht bedeuten, dass Politik und Parteien vollkommen überflüssig werden, weil der »öffentliche Raum in Staub verwandelt wird« (Byung-Chul Han). Die Öffentlichkeit oder besser: die Öffentlichkeiten zerfallen nicht, sie bekommen nur eine andere Struktur, Organisation und Qualität. Im Grunde realisiert sich jetzt jene Vision, die linke Spontis in den 1970ern immer schon umgetrieben hat. Das Öffentliche und das Private, gemeinhin zwei essentialistisch getrennte Bereiche der modernen Gesellschaft, konvergieren. Das Private wird öffentlich, mithin politisch, und das Öffentliche privat.

Andererseits unterscheiden sich, bei Lichte betrachtet, Online-Medien nicht großartig von traditionellen Medien, zumindest was Inhalt und Form der Kommunikationen angeht. Auch da wird vorwiegend geschwätzt und getratscht, auch da werden Informationen ›hochgezogen‹ oder ›durchgestochen‹, Debatten lanciert oder verhindert.

Was sich hingegen geändert hat, ist die Geschwindigkeit und die Reichweite, mit der solche News in Umlauf gebracht werden, worunter vor allem ihre Qualität und Seriosität leidet. Das Prüfen einer Quelle auf Glaubwürdigkeit, Richtigkeit und Zuverlässigkeit fällt darum nicht nur häufig aus, dank des vielfältigen Mediensystems pflanzt sie sich auch sofort memartig fort.

Bekannt ist der Fall *Nena Soltani*, die 2009 zum Symbol der Grünen Revolution im Iran wurde. Ihr Tod auf den Straßen Teherans, mit einer Handykamera dokumentiert, wurde weltweit und auf allen Kanälen verbreitet. Erst später stellte sich heraus, dass die Unidozentin gar nicht in der Nähe der Demonstrationen war und heute noch lebt. Die Verwechslung hatte allerdings schlimme Folgen für sie. Bedroht von ihrer Regierung, blieb ihr nichts anderes übrig, als Wochen später nach Europa zu fliehen.

Selbstverständlich gilt nach wie vor, dass das avancierteste Medium Form und

Prozessieren der Kommunikationen bestimmt. Darum haben die klassischen Massenmedien auch begonnen, sich dem Rhythmus, dem Takt und dem Interface des Web 2.0 anzunähern und anzupassen. Ständig wird man seitdem zum Mittun, zum Anrufen oder Abstimmen animiert; immer wieder wird auf *Twitter* oder *Facebook* hingewiesen, es werden ausgewählte Botschaften eingeblendet, die von Laufbändern, Werbebannern und Split Screens begleitet werden. Allein am Fall Christian Wulff konnte man gut erkennen, wie die unterschiedlichsten Medien kooperierten, als es darum ging, eine in Ungnade gefallene Person medial »abzuschießen«.

Längst herrscht im Qualitätsjournalismus die Jagd nach dem Scoop. Auch in diesen (einstigen) »Leuchttürmen« des Nachrichtenwesens, die den Bürgern Sinn und Orientierung geben sollten, setzt sich im Feedback der Klicks und Likes, im Echtzeit-Screening und in Plebisziten, die allerorten auf Leser, Kunden und User lauern, der Trend zur Automatisierung des Nachrichtenwesens und Nachrichtenbetriebs durch.

Es gibt keine Kanalreiniger mehr

Müssen wir uns also vom Konzept *der* Öffentlichkeit verabschieden? Oder sollen wir ihr mit einer »Demokratieabgabe« auf die Sprünge helfen, wie Zeitungsverleger und Chefredakteure des deutschen Staatsfernsehen unisono vorgeschlagen haben, zum Unmut des Netzpublikums? Kann eine weitere Zwangsgebühr ihr Überleben sichern? Oder ist *die* Öffentlichkeit, wie Habermas sie sich ausgedacht hat, nicht längst ein Dinosaurier, dessen Skelett es nur noch in Museen zu bewundern gibt? Handelt es sich bei ihr nur um eine »Heimsuchung«, die dem »demokratischen Bewusstsein« und »Staatsdenker der Bundesrepublik« vor Jahren widerfahren ist?

»Was wir über die Welt wissen, wissen wir durch die Massenmedien.« Dieser denkwürdige Satz Luhmanns gilt für die Öffentlichkeit ebenso wie für den Strukturwandel, den Politik und Demokratie durch ihre Entstehung erfahren haben sollen. Zugleich wissen wir aber auch, wieder aus den Medien, dass wir von ihnen verdrummt und aufgeklärt, informiert und belogen, zerstreut und manipuliert werden. Aus all dem kann man mit Luhmann ableiten, dass Öffentlichkeit zuallererst ein Markt für Stimmungen und Meinungen ist, ein gesellschaftliches Reflexionsmedium, das das Beobachten von Beobachtern registriert. Medien beobachten Medien, die andere Medien dabei beobachten, *wie* und *was* sie genau beobachten. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Dies ist auch einer der Hauptgründe, warum wir immer wieder den Eindruck haben, dass trotz der allseits gerühmten Vielfalt der medialen Plattformen letztlich doch überall über die gleichen Themen und Personen berichtet und gesendet wird.

Mit dem Web 2.0 ist diese Familie nur größer geworden. Es sind alternative Medienformen hinzugekommen, die mal der gegenöffentlichen Variante, mal ihrer repräsentativen Form gleichen, während das Printwesen, die Buchbranche und das Zeitungsgewerbe ihrem Ende entgegensehen. Die Dauer ihrer Laufzeiten zeichnet sich jedenfalls am Horizont bereits ab.

Umgekehrt haben sich Perspektive und Richtung des Nachrichtenflusses. Aus vormals One-Way- sind zunehmend Two-Way-Kommunikationen geworden. Der einst passive Empfänger, Konsument und Kunde ist zum aktiven Sender, Nutzer und Produzenten mutiert, ganz wie Brecht und Benjamin, Enzensberger und Glotz es sich im vorigen Jahrhundert gewünscht und ausgemalt hatten. Aber dies gilt auch für andere Sozialsysteme, für die Ökonomie, die Kunst, die Religion, den Sport usw. Ob man deswegen von einem »Strukturwandel 2.0« sprechen sollte oder gar muss, wage ich daher schwer zu bezweifeln.

Zugenommen hat allerdings das mediale Rauschen und damit zugleich die Unordnung und das »Maß der Unsicherheit darüber, ob das alles auch wirklich so ist, wie es vorgibt zu sein« (Bernhard Siegert), in Syrien und in Mali, im Pferdefleischskandal und beim Klimawandel, beim BER-Flughafen und in der EURO-Rettung. Strukturen, die die Kanäle von »sinnlosem Gezänk« reinigen, die Nachrichten werten und auf ihren Wahrheitsgehalt hin prüfen und den Blick des Publikums fürs »Wesentliche« schärfen, fehlen zusehends.

Medien senden und berichten. Sie selektieren, filtern und synthetisieren aber nur das Neue, Spektakuläre oder Anstößige, an Dauerhaftem oder am Gewöhnlichen sind sie nicht interessiert. Das mag man bedauern, es ist aber nicht zu ändern.